

(Abgeordneter Brodauf.)

(A) auf die Broschüre von Bürger verweisen: „Über die Agrardemagogie“. Wenn da eine neue Auflage kommt, würde ich dem Verfasser empfehlen, die heutige Rede des Herrn Oswin Schmidt aufzunehmen.

Präsident unterbrechend: Herr Abgeordneter, Sie haben die Güte, sich an die Gepflogenheiten des Hauses zu halten und nicht von Herrn Oswin Schmidt, sondern von dem Herrn Abgeordneten Schmidt zu sprechen.

(Zuruf links: Es gibt aber zwei!)

Deswegen: Herr Abgeordneter Schmidt (Freiberg).

Abgeordneter Brodauf (fortfahrend): Also Herr Kollege Schmidt (Freiberg) müßte mit seiner heutigen Rede in dem Buche enthalten sein. Namentlich müßten die Ausführungen, die er gegen die Justiz und gegen die Richter richtete und auf die ich noch zukommen werde, als ein Beweis für die Agrardemagogie mit aufgeführt werden. Ich habe die Beispiele, die ich brachte, die Annoncen usw. angeführt, um Ihnen zu zeigen, in welcher Weise von den Herren Agrariern in Pommern, Schlesien, Ostpreußen der Boykott ausgeübt wird. Es ist eine andere Art als der rohe Ton, in dem das von mir schon erwähnte sozialdemokratische Flugblatt aus Berlin den Terrorismus predigte. Bei den Agrariern wird eine mehr jesuitische Form, möchte ich sagen, gehandhabt, so daß man sich noch ein Hintertürchen offen halten kann für die Behauptung, man habe etwas ganz anderes gemeint. Ich möchte als charakteristisch noch eine Stelle aus der Korrespondenz des Bundes der Landwirte anführen, die ich wohl verlesen darf. Da heißt es in einer Polemik gegen den Hansabund:

„Der Hansabund wird es noch soweit bringen, daß jeder Landwirt jetzt wirklich anfängt zu überlegen, ob er so dumm sein soll, seine Groschen zu solchen Händlern zu tragen, die ihre Ersparnisse dazu verwenden, den Bund der Landwirte mit Hilfe des Hansabundes zu erwürgen.“

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist charakteristisch für die Art und Weise, in der die Landwirte hier versteckt aufgefordert werden, Geschäftsleute in den Städten zu meiden. Ich habe die Beispiele namentlich auch deshalb aufgeführt, weil sie ein recht treffendes Charakteristikum für die von den Herren Agrariern immer gerühmte Mittelstandsfreundlichkeit bilden, die sie dem Handwerk und dem Kleinhandel in den Städten entgegenbringen. Denn gerade Handwerk und Kleinhandel werden doch durch diese Boykottandrohung getroffen.

Was nun den Fall der Bank in der Lausitz anlangt, der der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Weber als Direktor angehörte, so habe ich das letztemal gegenüber

den Angriffen, die vor 2 Jahren nach der Landtagsverhandlung in der konservativen Presse gegen mich erfolgt sind, nur festgestellt, wie der Wortlaut des konservativen „Vaterlandes“ lautete. Ich verweise Sie nochmals auf das in der Sitzung vom Donnerstag von mir Verlesene. Jeder, der die Worte aufmerksam liest, die damals im konservativen „Vaterland“ gestanden haben, wird darin nur die Androhung eines Boykotts finden können. Die Behauptung, daß der angedrohte Boykott ausgeführt worden sei, habe ich weder vor 2 Jahren noch diesmal aufgestellt.

Nun ist mir von Herrn Dr. Schanz gesagt worden, ich solle doch die Arbeitswilligen selbst fragen, wie sie sich zu dem Streikpostenstehen verhalten und wie sie sich insbesondere zu einem erweiteren Schutze der Arbeitswilligen verhalten. Dem Herrn Dr. Schanz war offenbar die Feststellung unbequem, die ich am vorigen Donnerstag gemacht habe, daß die sämtlichen nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen auf dem nationalen Arbeitertag in Chemnitz vor anderthalb Jahren einmütig jede Verstärkung des gesetzlichen Schutzes der Arbeitswilligen abgelehnt haben.

(Sehr richtig! links.)

Da soll ich nun die Arbeitswilligen selbst fragen. Das ist natürlich keine fest geschlossene Gruppe. Ich müßte warten, bis wieder eine Streikbewegung eintritt. Dann würde ich mich aber nicht darauf beschränken, Arbeitswillige zu fragen, wie sie sich hierzu stellen, sondern ich würde sie belehren über den Schutz, den unser Gesetz bereits gibt. Wer von bedrohten Arbeitern diesen gesetzlichen Schutz anruft, wird schon jetzt geschützt, und die zahlreichen Verurteilungen, die durch die Gerichte erfolgt sind, sind der beste Beweis dafür. Wenn die Bestimmungen verschärft werden und es erfolgt keine Anzeige, dann wird auch künftig kein Schutz eintreten. Wo kein Kläger, da kein Richter.

Ich möchte mich dann noch mit den Ausführungen des Herrn Kollegen Schmidt (Freiberg) befassen. Da möchte ich vor allen Dingen feststellen, daß er wörtlich gesagt hat, die Richter verhielten sich den Arbeitern gegenüber „zu objektiv“. Meine Herren! Es ist das direkt die Aufforderung an die Richter, den Arbeitern gegenüber forsch aufzutreten, vielleicht nach dem berühmten Muster in Elfaß, und Recht Recht sein zu lassen.

Ganz unerhört ist es dann, daß er in den weiteren Ausführungen noch behauptet hat, daß es die Richter aus Furcht vor der Sozialdemokratie

(Abgeordneter Schmidt (Freiberg): Stimmt nicht!)

gelegentlich dazu kommen ließen, die Arbeiter besser zu behandeln als die Arbeitgeber. Er wiederholte damit einen Vorwurf, der schon vor 2 Jahren von dem Herrn „Präf-